

Lohnquote

Rückgang passt zum Aufschwung

Zur Unterstützung ihrer Forderung nach kräftigeren Lohnsteigerungen führen die Gewerkschafter an, dass trotz der besseren Konjunktur die Lohnquote 2005 auf 67 Prozent und damit den niedrigsten Wert seit 1970 in Westdeutschland gefallen ist. Der Rückgang der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen ist jedoch in Zeiten des Aufschwungs nichts Ungewöhnliches. Denn bei anziehender Produktion erholen sich zunächst die Unternehmensgewinne. Erst wenn das Konjunkturhoch stabil ist, stellen die Firmen wieder mehr Mitarbeiter ein – und die Arbeitseinkommen legen zu. Die Beschäftigten profitieren allerdings schon vorher von der Konjunkturbelebung, fließen ihnen doch auch Kapitaleinkommen in Form von Dividenden, Zinsen und Mieten zu. Nur lässt die Lohnquote diese ebenso unberücksichtigt wie die Arbeitseinkünfte der Selbstständigen. Die Einkommensposition der Erwerbstätigen wird daher von der Lohnquote unzureichend widerspiegelt – die gesamte Arbeitseinkommensquote lag in den vergangenen Jahren meist bei etwa 80 Prozent. Ohnehin ist die zweite Komponente des Volkseinkommens, die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, in der amtlichen Statistik nur eine Restgröße – zuverlässige Aussagen über ihre Höhe und Entwicklung lassen sich aus den Daten nicht ableiten.

Michael Grömling: Die Lohnquote – ein statistisches Artefakt und seine Interpretationsgrenzen, in: IW-Trends 1/2006

Gesprächspartner im IW: **Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776**

Lohnquote

Unbrauchbarer Tarifkompass

In jüngster Zeit sind die Forderungen nach kräftigeren Lohnsteigerungen lauter geworden. Als Grund wird angeführt, dass es der Wirtschaft wieder besser gehe, die Lohnquote aber zuletzt gesunken sei. Doch zum einen spiegelt diese Kennziffer die Einkommenssituation der Arbeitnehmer nur unzureichend wider. Zum anderen müssen die im internationalen Vergleich niedrigen Unternehmensrenditen in Deutschland steigen, um den Aufschwung zu stärken und neue Investitionen und Jobs zu ermöglichen.*)

Aller Voraussicht nach bleibt die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr auf Erholungskurs. Denn der Exportmotor läuft weiter kraftvoll, die Unternehmen investieren wieder, und auch vom Arbeitsmarkt kommen endlich bessere Nachrichten. Zurück lehnen können sich die Konjunkturbeobachter angesichts möglicher weiterer Ölpreiserhöhungen sowie einer verringerten Schlagzahl der Weltwirtschaft allerdings nicht.

Gefahr droht aber auch durch einen tarifpolitischen Verteilungskonflikt. Viele Gewerkschafter meinen, die Arbeitnehmer müssten endlich wieder einen größeren Schluck aus der Lohnpulle bekommen. Die Verfechter dieses Arguments stützen sich dabei gern auf die Entwicklung der so genannten Lohnquote. Denn der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen ist nach ersten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) im Jahr 2005 auf 67 Prozent gesunken – ein so niedriger Wert wurde zuletzt 1970 in Westdeutschland verzeichnet. Von einem generell rückläufigen Trend kann allerdings keine Rede sein. Und auch sonst ist die Lohnquote aus mehreren Gründen kein geeigneter Maßstab der Verteilungsgerechtigkeit:

- **Gewinne nur statistische Restgröße.** Das Volkseinkommen setzt sich aus den Löhnen und Gehältern der abhängig Beschäftigten sowie den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammen. Während die amtliche Statistik zuverlässige Daten zu den Arbeitsentgelten liefert, lassen sich die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen größtenteils nur schätzen. Sie bilden im Regelfall eine Residualgröße – nach dem Motto: Was nach Abzug der Löhne und Gehälter vom Volkseinkommen übrig bleibt, gilt als Gewinn. Tatsächlich aber dient diese Größe im Wesentlichen dazu, die verschiedenen Rechenwerke der VGR in Einklang zu bringen. In ihr schlagen sich dadurch sämtliche statistischen Messfehler nieder. Tragfähige Aussagen zur Gewinnsituation lassen sich aus der VGR also nicht ableiten, und erst recht keine Forderungen nach üppigeren Lohnzuwächsen.

- **Haushalte haben auch Kapitaleinkünfte.** Die abhängig Beschäftigten werden nicht nur für ihre Arbeitsleistungen entlohnt, sie beziehen häufig auch Kapitaleinkommen. Hierzu gehören etwa

*) Vgl. Michael Grömling: Die Lohnquote – ein statistisches Artefakt und seine Interpretationsgrenzen, in: IW-Trends 1/2006

Haushalte: Vermögenseinkünfte stärker gewachsen

Veränderung von 1991 bis 2002 in Prozent je Haushalt

● Anteil am Primäreinkommen je Haushalt im Jahr 2002 in Prozent



Arbeitnehmerentgelte sowie Unternehmens- und Vermögenseinkommen: jeweils brutto; Unternehmens- und Vermögenseinkommen: u.a. Einkommen aus Zinsen, Dividenden, Mieten und Pachten; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Zinsen auf Spareinlagen, Dividenden für Aktienfonds sowie Mieteinkünfte. Dies zeigt, dass die Lohnquote bei weitem nicht die wirkliche Einkommenssituation der Arbeitnehmerhaushalte abbildet – zumal gerade die Kapitaleinkünfte in den vergangenen Jahren besonders deutlich gestiegen sind (Grafik):

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen je Haushalt stiegen von 1991 bis 2002 (neueste Zahlen) um 37 Prozent – während die Arbeitsentgelte um 22 Prozent zulegten.

Damit erhöhte sich der Anteil der Kapitaleinkommen am durchschnittlichen Haushaltsbudget von 26 auf 29 Prozent.

• **Einkommen der Selbstständigen nicht berücksichtigt.** Ob Rechtsanwalt, Malermeister oder freier Journalist – auch Selbstständige haben einen Anspruch darauf, für ihre Tätigkeit bezahlt zu werden. In der VGR allerdings werden solche Arbeitseinkommen unsinnigerweise als Kapitaleinkommen verbucht.

Um dem abzuhelpen, lässt sich die so genannte Arbeitseinkommensquote schätzen. Dazu wird vorsichtig unterstellt, Selbstständige sowie mithelfende Familienangehörige würden im Schnitt ein ebenso hohes Einkommen erzielen wie die klassischen Arbeitnehmer. Diese geschätzten Einkommen werden dann zu den Beschäftigtenentgelten addiert. Das Ergebnis (Grafik):

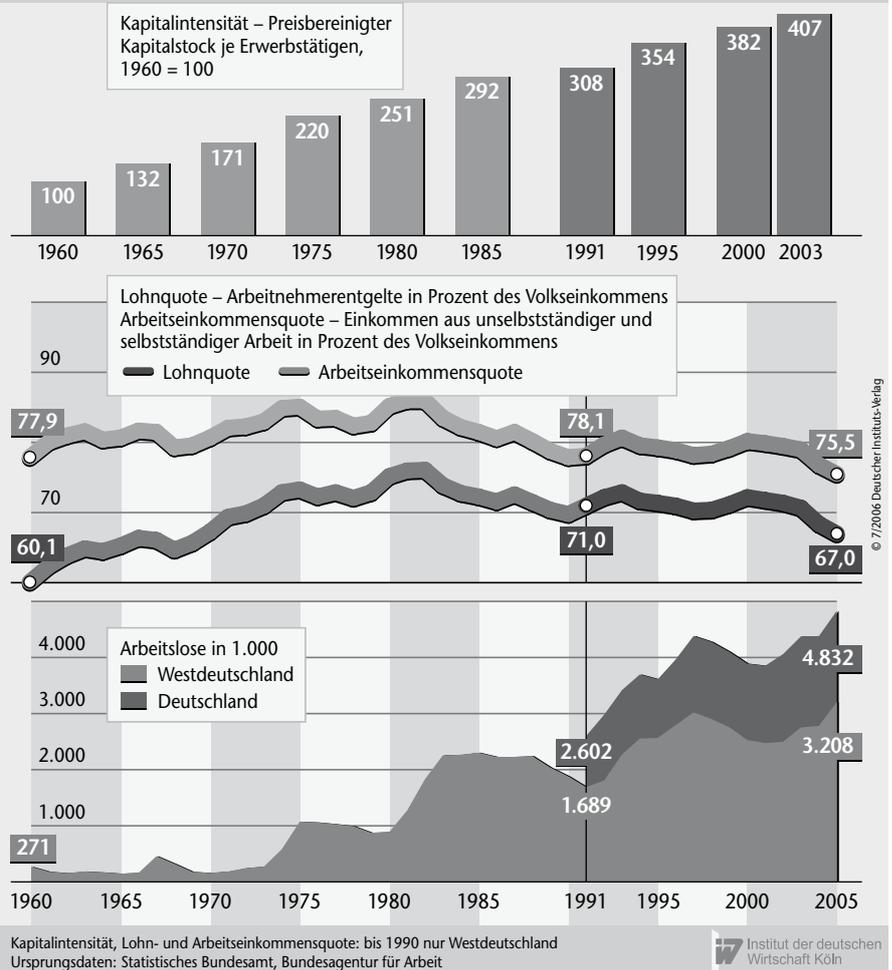
Die Arbeitseinkommensquote lag in den vergangenen Jahrzehnten meist bei etwa 80 Prozent.

Nur in den Jahren 2004 und 2005 war die Quote etwas niedriger, blieb aber gleichwohl über der 75-Prozent-Marke.

• **Hohe Lohnquote mit Arbeitslosigkeit bezahlt.** Die deutsche Wirtschaft hat den Kapitalstock je Erwerbstätigen seit 1960 vervierfacht. Wenn es nach den Ökonomie-Lehrbüchern ginge, hätte daraufhin die Lohnquote sinken müssen. Dass sie stattdessen langfristig stabil blieb, liegt an den kräftig gestiegenen Löhnen. Die immer teurer gewordene Arbeit zwang die Unternehmen jedoch dazu, noch stärker auf billigeres Kapital zu setzen. Die Folge waren steigende Arbeitslosenzahlen. Wo jedoch Jobs abgebaut werden, da gehen auch Löhne verloren – letzten Endes haben die über-

Lohnquote: Stabilität auf Kosten der Arbeitslosen

Die deutsche Wirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten immer kapitalintensiver produziert. Die Lohnquote ging daraufhin – anders, als es die ökonomische Theorie beschreibt – nicht zurück, sondern stieg nach 1960 zunächst an und blieb dann weitgehend konstant. Noch deutlicher als die Lohnquote zeigt die Arbeitseinkommensquote – die auch geschätzte Einkünfte aus selbstständiger Arbeit enthält –, dass die Erwerbstätigen einen nahezu gleich bleibend hohen Anteil am Volkseinkommen erzielen. Ermöglicht haben dies die seit den sechziger Jahren durchgesetzten starken Lohn erhöhungen. Der Preis hierfür ist allerdings die kräftig gestiegene Arbeitslosigkeit.



mäßigen Entgelterhöhungen damit den Arbeitnehmern eher geschadet.

• **Aufschwung lässt Lohnquote regelmäßig sinken.** Dass die Lohnquote derzeit den Rückwärtsgang einlegt, während sich die Konjunktur belebt, ist kein Sonderfall. Zieht die Produktion an, erholen sich bei zunächst konstantem Kapitalstock und gleich bleibender Belegschaftsstärke die Unternehmensgewinne. Erst wenn der Aufschwung eine Zeit lang anhält, stellen die Firmen wieder mehr Mitarbeiter ein – und auch die Arbeitseinkommen legen zu.

• **Gewinne im internationalen Vergleich noch immer niedrig.** Auch wenn die Betriebe in Deutschland inzwischen wieder profitabler arbeiten, wäre lohnpolitischer Übermut völlig fehl am Platz. Denn im internationalen Vergleich waren

und sind die Gewinne nach Steuern hierzulande ziemlich bescheiden:

Im Vergleich von 18 Industrieländern für den Zeitraum 1995 bis 2004 belegte die deutsche gewerbliche Wirtschaft mit einer durchschnittlichen Nettoumsatzrendite von 2,4 Prozent nur Platz 16. Im Jahr 2004 reichte es trotz einer Rendite von 3,2 Prozent sogar nur zum vorletzten Rang.

In zehn der 18 betrachteten Industrienationen betrug die Nettoumsatzrendite im Schnitt aber mehr als 5 Prozent. Die Unternehmensgewinne in Deutschland müssen demnach weiter steigen, wenn sich der Aufschwung festigen soll. Denn nur wenn am Ende genug in der Kasse bleibt, können die Firmen neue Investitionen finanzieren und haben einen Anreiz, ihre deutschen Standorte auszubauen.